

Annett Nack-Warenycia/Torsten Teichert

# »It's the Future, stupid«

... mit Kapitalismus  
oder ohne

VSA:

ECONOMY  
FUTURE  
STUPID



Annett Nack-Warenycia/Torsten Teichert  
»It's the Future, stupid«  
... mit Kapitalismus oder ohne

*Annett Nack-Warenycia* studierte Soziologie, leitet gemeinsam mit ihrem Mann ein Unternehmen für Büroausstattungen und engagiert sich für Gemeinwohl-ökonomie.

*Torsten Teichert* ist promovierter Literaturwissenschaftler, arbeitete in der Hamburger Senatskanzlei, leitete eine Filmförderung und war Vorstandsvorsitzender eines börsennotierten Finanzunternehmens.

Studio Topie ist das Illustrationsstudio des Hamburger Künstlers *Nils Kasiske*. In seinen freien Arbeiten und Projekten befasst er sich vor allem mit gesellschaftlichen und popkulturellen Themen. Studio Topie wird vertreten von der Illustratoren Repräsentanz Kombinatrotweiss.

Annett Nack-Warenycia/Torsten Teichert

# **»It's the Future, stupid«**

... mit Kapitalismus oder ohne

Illustrationen von Nils Kasiske

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

**[www.itsthefuturestupid.de](http://www.itsthefuturestupid.de)**

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Graphische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Umschlag-Illustration und Illustrationen im Buch: Nils Kasiske – [www.nilskasiske.de](http://www.nilskasiske.de)

ISBN 978-3-96488-101-4

# Inhalt

Prolog	
<b>Zukunft, die wir meinen</b> .....	7

## Teil 1 VERGANGENE ZUKUNFT

Kapitel 1	
<b>Zukunftslosigkeiten im Jahr 2020</b> .....	13

■ Der alte Traum vom Aufstieg .....	26
-------------------------------------	----

Kapitel 2	
<b>»Es soll einmal besser werden« – Zukunft als Motor in Geschichte und Alltagsleben</b> .....	31

■ Geschäft, Zukunft und Irrtum .....	44
--------------------------------------	----

Kapitel 3	
<b>Kapitalismus und Wachstum als Zukunftsbehauptung</b> .....	47

■ Zukunftsrausch im Hamburger Sumpf – Von Schiffen, Banken und Globalisierung .....	63
--	----

Kapitel 4	
<b>Erstickte Zukunft im Neoliberalismus</b> .....	69

■ Verkaufen Sie doch mal deutsche Waren! Faire Wirtschaft? .....	81
--	----

## Teil 2 HERAUSFORDERUNGEN AN DIE ZUKUNFT

Kapitel 5	
<b>Superreiche und Abstiegs-gesellschaft: die soziale Herausforderung</b> .....	89

■ Die verschenkte Bank und lauter ehrbare Hanseaten .....	98
---	----

Kapitel 6	
<b>Trojanisches Pferd »Green New Deal«:</b>	
<b>die ökologische Herausforderung</b> .....	105
■ Eigentum verpflichtet .....	116

Kapitel 7	
<b>Zerrissene Gesellschaft:</b>	
<b>die demokratische Herausforderung</b> .....	121
■ »Modi-SARS« oder:	
Wie aus einem Zukunfts-Szenario Gegenwart wird .....	134

### **Teil 3**

#### **AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT**

Kapitel 8	
<b>Wiedereinführung der Zukunft</b> .....	141
■ Triage, Muster der Moderne .....	150

Kapitel 9	
<b>Auf der Suche nach einer gerechten Gesellschaft</b> .....	155

Epilog	
<b>Was getan werden kann</b> .....	165

Literatur .....	169
-----------------	-----

# Prolog

## Zukunft, die wir meinen

An einem warmen Sommerabend im Jahr 2018 trafen sich in einer Berliner Kneipe nicht mehr als 30 Menschen, die dem Aufruf von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zur Gründung der Bewegung »Aufstehen« gefolgt waren. Die Idee war inspiriert worden von den Gelbwesten in Frankreich, von den Kampagnen für Bernie Sanders in den USA und von der schlagkräftigen Bewegung »Momentum« in Großbritannien. Es schien an der Zeit, dass Menschen auch in Deutschland gegen das Übermaß an Ungleichheit protestieren würden. Dass Oskar Lafontaine, der Parteivorsitzender sowohl der SPD als auch der LINKEN gewesen war, und Sahra Wagenknecht, die an diesem Sommerabend immerhin noch als Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag amtierte, diesen Schritt gingen, machte die Größe des Problems deutlich. Ganz offenbar waren diese beiden Parteien, und auch die GRÜNEN, nicht willens oder in der Lage, die Probleme anzugehen. Was also tun, wenn die Elefanten mitten im Raum stehen, aber geflissentlich übersehen werden?

Lafontaine und Wagenknecht schafften es, eine Bewegung mit über 150.000 Followern in Gang zu setzen, doch die Hoffnung, damit SPD und LINKE als Parteien erreichen zu können und die Parteien selbst durch die Bewegung zu verändern, löste sich schnell in Luft auf. Bei beiden Parteien fielen die Eisengitter nach unten, die Zugbrücken wurden hochgezogen. Geldmangel, Organisationsprobleme und eine diffuse Unklarheit darüber, was das Ziel von »Aufstehen« sein soll, erledigten den Rest. Vorläufig.

An diesem Sommerabend aber war viel Aufbruchsstimmung. Die, die dort waren, hatten eine Vorstellung davon, welches die Probleme sind, aber es gab zu wenig Einigkeit darüber, wie die Lösungen aussehen sollen. Und wie man Mehrheiten für neue Lösungen bekommen könnte. Zukunft blieb unklar. Aber die Sache war ernst. Mitten in den vielen Gesprächen, die Lafontaine an diesem Abend führte, sagte er an einem Kneipentisch: Es geht längst nicht mehr nur um die soziale Frage. Es geht um unsere Demokratie.

Fünf Jahre früher an einem Herbsttag Ende 2013 in Hamburg: Eine Gruppe von 17 Unternehmerinnen und Unternehmern traf sich in der Nähe der Reeperbahn. Die bis dahin namenlose Gruppierung hat den Plan, bei der bevorstehenden Wahl der Handelskammer gegen die anzutreten, die sich gerne als ehrbare Kaufleute bezeichnen. Zwölf Mandate werden sie erringen. Zusammengefunden haben sich die politisch unterschiedlich ausgerichteten, überwiegend jungen Unternehmer über eine Petition, die die Position der Handelskammer zum Netzzrückkauf kritisierte. Die Kammer hatte wieder einmal einseitig im Interesse zweier Energiekonzerne agiert.



Auch hier war Aufbruchsstimmung spürbar. In Hamburg ging es darum klarzustellen, dass die »eine Stimme« der Wirtschaft, als die der Zwangs-Zusammenschluss Kammer gerne bezeichnet wird, nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Es ging darum zu zeigen, dass »die Wirtschaft« längst kein monolithischer Block mehr ist, sondern sich heterogener aufstellt. Es ging vor allem um mehr Demokratie und Transparenz in den Kammern. Die, die sich damals trafen, waren angewidert von der Selbst-Bereicherung und Arroganz einer kleinen Gruppe von Kammerfunktionären und deren Lobbyarbeit für Großkonzerne. Hauptsache der Rubel rollt. Die Interessen von einigen Millionen Kleinunternehmern und von den zig Millionen Angestellten kümmern die Kammern so wenig wie die Idee einer gerechten Gesellschaft.

2016 lernten die Autorin und der Autor dieses Buches sich kennen, als wir gemeinsam für das Plenum der Handelskammer Hamburg kandidierten. 2017 erreichten wir mit unserer Wahlgruppe, die von der Presse inzwischen als »Rebellen« bezeichnet wurde, einen Kanter Sieg mit fast 90% der Sitze. Die Autorin wurde Vorsitzende des Ausschusses für gesellschaftliche Verantwortung, der Autor Vizepräsident der Hamburger Handelskammer. Ehrlich gesagt, wir haben die Handelskammer nicht sehr verändern können, ihr neoliberaler Mief und ihre Unfähigkeit, über den eigenen ideologischen Tellerrand hinaus zu denken, bleiben so stark wie zuvor. Aber die Jahre gaben uns doch neue treffliche Einblicke in die Strukturen aus Wirtschaft, Geld, Lobbyismus, Kumpanei und Politik und bestätigten unsere Erfahrungen in der Stadt, in der wir beide seit Langem arbeiten. Die Autorin, gelernte Soziologin, Fan von Elias und Bourdieu, leitet ein Familienunternehmen für Büromöbel, der Autor hat Literaturwissenschaft studiert, war 17 Jahre lang Vorstandsvorsitzender eines börsennotierten Finanzunternehmens und hat in dieser Zeit Investitionen von über fünf Milliarden Euro bewegt.

Über die Jahre ist unsere politische Heimatlosigkeit immer größer geworden. Und unsere Wut auch. Die Autorin war anfangs bei den GRÜNEN, verließ sie, ist jetzt bei der Gemeinwohlökonomie. Der Autor wurde mit 17 Jahren Mitglied der SPD, aber nach 45 Jahren war 2019 endgültig Schluss. Mit »Aufstehen« war die Hoffnung auf eine starke gemeinsame linke Bewegung verbunden. Die Handelskammer mit ihren immer gleichen Beschwörungen des Systems, so wie es ist und wie es möglichst immer bleiben soll, wollten wir von der gesetzlich vorgesehenen Zwangsvereinigung zu einem freiwilligen Verbund verändern – und damit vor allem ihre Meinungsmacht verkleinern.

Wir haben uns oft gefragt, warum eigentlich immer noch so viele die Märchen von ehrbaren Kaufleuten, der deutschen Aufstiegsgesellschaft, dem freien Markt und der angeblichen sozialen Marktwirtschaft glauben, wenn doch alle Erfahrungen und Daten dem widersprechen. Vor allem aber erstaut es uns, dass es kaum noch einen echten politischen Diskurs über eine andere

Zukunft gibt, die mehr wäre als die Fortsetzung des Bestehenden. Wir haben in vielen Gesprächen erlebt, wie auch bei anderen die Wut und auch die Frustration über das wächst, was in Deutschland geschieht. Besonders groß wird dieser Frust dann, wenn die Sprache auf mögliche Alternativen kommt. Wen soll man denn wählen? Wer würde denn etwas grundlegend ändern? Wem würden wir denn vertrauen wollen? Wer hat einen Plan für eine solidarischere, gerechtere Gesellschaft?

Deshalb haben wir uns entschlossen, ein Buch zu schreiben, in dem es zentral um Zukunft geht. Oder um es genauer zu sagen: Um die Abwesenheit von Entwürfen für eine gesellschaftliche Zukunft. Gewiss ist es wichtig aufzusteigen. Aber man muss auch wissen, wohin man gehen will. Wer etwas von Geschichte versteht, der weiß, dass Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und Projektionen dieser Zukunft immer ein wichtiger Motor für gesellschaftliche Veränderungen waren. Überraschend ist deshalb, wie sehr wir uns in der aktuellen Zukunftslosigkeit eingerichtet haben. Geht es uns so gut, dass das nun alles gewesen sein soll? Oder geht es uns so schlecht, dass man an eine andere Zukunft gar nicht mehr denken kann?

Wo also ist der Protest gegen die Verhältnisse? Warum akzeptieren wir es, dass in Deutschland wenige superreiche Familien so viel besitzen wie die arme Hälfte der Bevölkerung? Oder dass keiner der wirklich Reichen Erbschaftsteuer bezahlt? Oder dass die Löhne viel weniger wachsen als die großen Vermögen? Beim Schreiben haben wir unsere Erfahrungen ausgetauscht. Zum Beispiel darüber, wie bei einem Mittagessen in einem schönen Restaurant ein reicher Manager auf die Frage, ob es den Menschen in Zukunft wohl besser gehen werde, breit grinsend antwortete: Unseren Kindern schon, den meisten nicht. Wir beide haben erlebt, wie es hinter den feinen Fassaden aussieht. Überhaupt nicht fein. Diejenigen, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Establishment unseres Landes sind und sich als die Eliten bezeichnen, fürchten gesellschaftliche Veränderungen wie der Teufel das Weihwasser. Digitales Homeoffice und E-Autos, über die geredet wird, sind in Wahrheit ja keine Zukunft, sondern die Zuspitzung der bestehenden Machtverhältnisse.

Wir beide sind in der einen oder anderen Weise erfolgreich geworden in dem System, über das wir schreiben. Eigentlich scheuen wir uns, einen Begriff wie das »System« leichtfertig zu benutzen. Deshalb wollen wir in diesem Buch genauer analysieren, wie wir da gelandet sind, wo wir uns jetzt befinden. Zukunft und jetzt aktuell leider Zukunftslosigkeit spielt dabei eine große Rolle. Jede Gesellschaft braucht ein Bild der eigenen Zukunft. Jeder Mensch braucht das.

Mit der Moderne kam auch das Zukunftsdenken. Und der Kapitalismus passte perfekt in dieses Modell der Moderne, er selbst lebt von der Zukunft und hat sehr lange Zukunftsbilder geliefert, die auch ein Versprechen waren.

Nur funktioniert das jetzt nicht mehr. Das System erzählt uns keine Zukunft mehr. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alternativen zu dem, was ist, sind in den letzten Jahrzehnten nach und nach verschwunden. Erst der Neoliberalismus, dann der Zusammenbruch des Kommunismus, dann der tollwütige Finanzkapitalismus. So wichtig »Fridays for Future« auch ist – auch dort sehen wir nur, wie es nicht werden sollte. Wie aber soll es werden? Dystopien können aufrütteln, aber keine neuen Wege weisen.

Bill Clinton hat mit dem Satz »It's the economy, stupid« Wahlkampf gemacht. Wenn es der Mehrheit wirtschaftlich gut geht, sollte das heißen, dann werde ich gewählt. Aber es geht vielen, die meilenweit vom selbstgerechten und selbstzufriedenen Establishment entfernt sind, nicht gut. Deshalb werden ja auch die Beschwörungen, Deutschland sei so reich wie nie zuvor und es gehe dem Land besser denn je, immer lauter. Pfeifen und Trommeln im Wald. Die Wahrheit sieht anders aus: Immer mehr geht es immer schlechter. Der Kapitalismus hatte mal ein anderes Zukunftsversprechen. Was aber machen wir ohne Zukunftsversprechen? Bleiben dann nur Resignation oder Zynismus? Kaum jemand traut noch politischen Programmen, in denen Zukünftiges beschrieben wird. Wir wollen herausfinden, wann, wie und warum die Zukunft aus dem gesellschaftlichen Denken und den politischen Diskursen verschwunden sind. Und bevor jetzt jemand Halt schreit, sei auch das klar gestellt: Das ewige Reden über die angebliche Zukunft von Technik oder Arbeitswelten ist in Wahrheit nur Ausdruck der tatsächlichen Zukunftslosigkeit.

Zukunft, davon sind wir überzeugt, kann man aber nur entwickeln, wenn sich viele daran beteiligen. Möglichst alle. 99%. Zukunft ist etwas zutiefst Gemeinsames. Ohne aufzustehen, geht das nicht. Vor allem aber muss man losdenken und auch wieder träumen. Deshalb mögen wir den Begriff der Zukunftsgenossenschaft. Wir verbinden vier Stränge miteinander: unsere eigenen Erfahrungen in diesem System; die historische Beschreibung, warum Zukunftsvisionen essenziell sind; die Recherche, wann uns die Zukunft geraubt wurde – und am Ende einige Vorschläge dafür, wie es besser werden könnte.

Wir folgen den Spuren der Zukunft und ihrem vorläufigen Verschwinden im Neoliberalismus, untersuchen Aufbruchsbewegungen und versuchen, einige Hinweise dafür zu geben, wie der Diskurs über eine gerechte Zukunft, die eine echte Alternative zur Gegenwart darstellt, begonnen werden könnte. Wir wollen uns um konkrete Vorschläge nicht drücken. Diese finden sich in aller Kürze und Prägnanz im Epilog, der eigentlich das Vorwort für das sein könnte, was wir uns erhoffen. Die acht kürzeren Texte zwischen den Kapiteln handeln von unseren eigenen Erfahrungen und Beobachtungen mitten im System, sie sind insofern keine Exkurse, sondern werfen Schlaglichter auf das, worum es uns eigentlich geht.

Unsere Ehepartner waren so freundlich, viel zu lesen und mit uns über die Texte zu sprechen, wofür wir dankbar sind.



# Epilog

## Was getan werden kann

Wir wollen dieses Buch nicht beenden, ohne die Theorie konkret werden zu lassen. Natürlich reicht es nicht, wenn man die Wirklichkeit nur beschreibt und analysiert. Es kommt, das hat sich längst herumgesprochen, darauf an, diese Wirklichkeit zu verändern. Auch wir versuchen das, die eine in ihrer Weise, der andere in seiner. Zivilgesellschaftliches Engagement ist durch nichts zu ersetzen. Es war Willy Brandt, der sagte: »Es ist wichtiger, etwas im Kleinen zu tun, als im Großen darüber zu reden.« Also haben wir uns daran gemacht, dieses Buch zu schreiben. Unsere Leserinnen und Leser werden von dieser Sammlung unserer politischen Ideen vermutlich nicht sehr überrascht sein.

Viele von diesen Ideen, Wünschen, Forderungen finden sich in den von uns geschätzten Werken von Paul Mason, Anthony Atkinson, Joseph Stiglitz, Thomas Piketty, Emanuel Saez und Gabriel Zucman. Um konkrete politische und gesetzliche Maßnahmen einordnen zu können, bedarf es eines gedanklichen Gerüsts für gesellschaftliche Gerechtigkeit. Dafür haben uns die Bücher von Michael Sandel, Jill Lepore, Achille Mbembe, Naomi Klein, Gayatri Chakravorty Spivak, Bernie Sanders und Jean Ziegler geholfen. Die Gedanken von Hannah Arendt und Norbert Elias sind sowieso immer dabei gewesen. Die Lektüre von Hermann Scheer und Jochen Steffen hat uns gezeigt, dass vieles schon einmal gedacht war und leider vergessen wurde.

Hier also einige Ideen, ohne große Begründungen, aber durchaus als Ergebnis vieler Jahre politischer Beobachtungen. Ist das radikal? Vielleicht nicht in jeder Einzelheit, in der Summe aber bestimmt. Und nur die Summe zählt. Sonst kommen wir nicht voran.

Das ist fast am wichtigsten: Um das Grundgerüst einer demokratischen Gesellschaft zu verteidigen und zu verbessern, bedarf es größtmöglicher Transparenz. Politiker müssen über alle Einkünfte genauestens Rechenschaft ablegen. Lobbyismus wird eingeschränkt und für jeden erkennbar gemacht. Nach drei Legislaturperioden scheidet man aus der Politik aus, Ministerin ist man nur für höchstens zwei. Korruption, viel weiter verbreitet als die meisten denken, wird schwer bestraft. Wir sehen bisher nur die Spitze des Eisbergs. Unternehmensspenden werden verboten. Korruption und Vetternwirtschaft sind Gift für jede Demokratie.

Demokratie braucht Vertrauen. In der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung gab es den Satz »No taxation without representation« (Keine Besteuerung ohne Beteiligung). Zukünftig werden alle Bevölkerungsgruppen in Parlamenten und anderen relevanten Gremien entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sein, Migranten und Arme ebenso wie Unternehmer und Beamte.

Das System öffentlich-rechtlicher Medien wird reformiert und ausgebaut. Ohne freie Presse wird es dunkel. Das meint aber nicht die sozialen Medien von Mark Zuckerberg oder die Zeitungen von Rupert Murdoch. Wir meinen wirklich freie Medien. Dafür muss es neue Modelle öffentlicher Genossenschaften geben.

Die Wirtschaft wird fundamental demokratisiert. Tarifverträge werden Pflicht für alle Wirtschaftsbereiche und Unternehmen. Der Mindestlohn beträgt 15 Euro in der Stunde. Es gibt ein gesetzliches solidarisches Grundeinkommen für alle. Die Mitbestimmung wird ausgebaut. Über einen deutschen Staatsfonds, der für Rentenzahlungen genutzt wird, werden alle Bürgerinnen und Bürger an Unternehmenserfolgen beteiligt. Es gibt ein Recht auf einen Ausbildungs- und auf einen Arbeitsplatz. Die 4-Tage-Woche mit 32 Arbeitsstunden wird eingeführt. Alle zahlen in das staatliche Rentensystem und die gesetzliche Krankenkasse ein. Private Krankenkassen werden überflüssig. Alle zehn Jahre erhalten die Menschen ein sechs- oder zwölfmonatiges bezahltes Sabbatical, das für Freizeit und eigene Bildung genutzt wird. Es wird eine Anstalt öffentlichen Rechts für die Entwicklung des Gemeinwohls gebildet.

Heute beträgt die gezahlte Erbschaftssteuer zwischen 1% und 2% des vererbten oder verschenkten Vermögens. Zukünftig wird es eine substanzielle Erbschaftssteuer von 30% ab einem Freibetrag von drei Millionen Euro geben, von 50% ab 100 Millionen und von 90% ab einer Milliarde, und zwar ausnahmslos. Die jährliche Vermögenssteuer wird bei 3% nach Freibeträgen liegen.

Das progressive Steuersystem wird erweitert. Ab 120.000 Euro liegt der Steuersatz bei 50%. Gehälter über drei Millionen Euro werden mit 90% besteuert. Die Spitzengehälter in einem Unternehmen dürfen maximal 20-mal so hoch sein wie das Durchschnittseinkommen. Bullshit-Jobs wird es nicht mehr geben. Befristete Stellen nur in ganz wenigen Ausnahmen. Steuererklärungen werden wie in Schweden transparent; vor allem ohne Schlupflöcher. Die Kapitalertragssteuer wird abgeschafft; Kapitalgewinne werden wie Arbeitsentgelte versteuert. Denkbar wäre, dass dieses Prinzip auch für Erbschaften gilt, dann könnte man sich eine separate Erbschaftssteuer sparen.

Der Finanzsektor wird umgebaut, die Finanztransaktionssteuer eingeführt. Hedgefonds, Derivate (die ein Vielfaches des Weltbruttosozialproduktes ausmachen) und alle Formen von Spekulationen (z.B. auch mit Währungen) werden weitestgehend verboten. Wir brauchen ein flächendeckendes System von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist – ohne deren teils exorbitante Gehalts- und Pensionssysteme. Steuer-oasen werden mit Wirtschaftssanktionen belegt. Steuerhinterziehung wird wie schwerer Raub bestraft. Es wird keine privaten Währungen geben, egal ob Krypto oder analog.

Anti-Trust-Gesetze werden aktiviert. Kein Unternehmen darf mehr als 10% Marktanteil haben. Die Monopolstellungen großer Internet-Konzerne wie Goo-

gle, Facebook, Amazon etc. werden gebrochen. Unsere Daten, mit denen diese Unternehmen arbeiten, müssen an die jeweiligen Staaten, aus denen sie stammen, bezahlt werden. Dafür werden Collect-Stellen eingerichtet. Steuern werden dort bezahlt, wo Umsatz gemacht wird. Patente bleiben bestehen, werden aber zeitlich begrenzt, damit die Innovationsgeschwindigkeit erhöht wird. Für internationale Handelsstreitigkeiten wird ein internationaler Handels-Gerichtshof geschaffen. Private Schiedsstellen werden verboten. Neben der Mitbestimmung wird es eine verpflichtende Mitarbeiterbeteiligung bei Unternehmen ab 500 Beschäftigten geben. Ach ja, Handelskammern sind wirklich unsinnig, weil unreformierbar. In ihnen brütet der Neoliberalismus weiter. Sie werden abgeschafft.

Alle wesentlichen infrastrukturellen Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Altenheime etc.) gehören in staatliche bzw. öffentlich kontrollierte Hand. Der Staat verkauft keine Grundstücke mehr, sondern vergibt sie nur nach Erbbaurecht. Grundstücke und Wohnungen werden zurückgekauft, um eine bessere allgemeine Versorgung zu haben. Strom, Gas und Wasser gehören in öffentliche Hand, ebenso die digitale Grundversorgung. Es wird ein Kontrollregister für Algorithmen eingerichtet. Es wird eine Schule für alle geben, also eine Gesamtschule, in der in 13 Jahren ein besonderer Fokus auf Wertevermittlung und Demokratieschulung, Naturschutz sowie Kommunikation, Innovation und Kreativität gelegt wird. Alle werden die Anfänge eines Handwerks lernen. Unsere Zukunft braucht freie und fantasievolle Menschen.

Es macht keinen Sinn, alle Autos mit Verbrennungsmotoren durch E-Autos zu ersetzen. Das Klimaziel heißt maximal 1,5 Grad Erwärmung. Subventionen für die Agrarwirtschaft bedrohen Afrika und werden abgeschafft. Viehwirtschaft wird reduziert, Massentierhaltung möglichst vermieden. Weitere Versiegelungen von Böden finden nicht statt. Nahrungsmittel werden nach ihrem Wasserverbrauch und ihrem Transportweg klassifiziert. Das Öko-Siegel setzt faire Arbeitsbedingungen und einen geringen Ressourcenverbrauch voraus. Tourismus muss sich neu erfinden. Den Ländern, die davon leben, wird ebenso geholfen wie den Regionen, in denen heute noch Kohle abgebaut wird. Das Bahnnetz wird deutlich ausgebaut. Es wird Spaß machen, mit der Bahn zu fahren. Was für eine Utopie! Güter werden langlebig sein. Wie in Skandinavien wird für Reparaturen keine Mehrwertsteuer erhoben. Wir werden einen Weg finden müssen, den erst später industrialisierten Ländern gerechte Aufholchancen zu bieten. Ein Veggie-Day? Eher zwei oder drei.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Mindestens 500.000 Menschen werden jedes Jahr neu nach Deutschland ziehen. Das Asylrecht bleibt bestehen und ist ernst gemeint. Wir werden Menschen, die flüchten müssen, helfen und nicht abschrecken. Bewaffnete Auslandseinsätze wird es nicht mehr geben. 1% des Bruttosozialproduktes wird für Entwicklungshilfe ausgegeben.

Für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts wird ein neuer Index erarbeitet, in dem schlechte Güter (z.B. Kohle, Gefängnisse) nicht in derselben Weise berücksichtigt werden wie gute (z.B. Krankenhäuser, Bildung). Dieses Bruttoinlandsprodukt wird sich am Gemeinwohl orientieren. Die Kosten aller Produkte werden so berechnet, dass soziale und umweltliche Folgen eingepreist sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten mit 18 Jahren eine Mindesterschaft, mit der sie den teuren Lebensanfang finanzieren können. Der Staat wird bei Bedarf staatliche Sparbriefe mit einer Mindestverzinsung herausgeben. Die Schuldenbremse wird abgeschafft. Die »Modern Monetary Theory« lehrt uns, dass sich Europa nicht verschulden müsste, um wichtige Investitionen zu tätigen.

Ohne Frieden ist alles nichts. Und ein Zurück in die europäische Nationalstaaterei würde in der Katastrophe enden. Deshalb würden wir uns wünschen, dass Deutschland und Frankreich eine Konföderation bilden, hoffentlich schaffen wir es eines Tages, ein gemeinsames Land zu werden. Das wäre ein Anfang. Die Europäische Union wird umgebaut und ausgebaut. Grenzen werden eines Tages verschwinden. Das EU-Parlament wird gestärkt, die EU-Kommission wird von diesem Parlament gewählt. Wir werden Europa neu erfinden müssen, ohne Atomwaffen und mit einer neuen Friedenspolitik. Und wenn wir dann am Lago Maggiore oder am Starnberger See spazieren gehen wollen, werden wir uns auf das in ganz Europa geltende »Jedermannsrecht« berufen können, das uns allen das Recht gibt, Zugang zu Flüssen, Küsten und Seen zu haben – und die Natur überall zu genießen. Die Eigentumsverhältnisse am jeweiligen Grund und Boden werden sich bis dahin auch verändert haben. Wir werden sie verändern müssen.

Das alles soll unmöglich sein? Das passt nicht zu unserem Wirtschaftssystem? Das ist unbezahlbar? Das wollen die Menschen nicht?

Wir werden es erst herausfinden, wenn wir ernsthaft darüber zu sprechen beginnen. Zukunft beginnt heute. Zukunft ist eine äußerst komplizierte Verhandlung, die nur dann gelingt, wenn alle sich daran beteiligen können. Sicher ist: Unsere Zukunft muss ganz anders sein als unsere Gegenwart. Wir hoffen auf radikale Verbesserungen.